

Faschistischer Koalitionsbloß in Sachsen?

Dressden, den 24. Juni.

Dressden, den 24. Juni.

Die bürgerliche Presse ist durch das Wahlergebnis in Sachsen einigermaßen verwirrt. Hat sie vor der Wahl die Norddeutschen der Faschisten angeprangert, so wird sie jetzt die Faschisten zur Regierung heranziehen, zur Realisierung des verabschiedeten Programm in Sachsen.

Die Leipziger Abendpost schreibt u. a.: „Bringen die Nationalsozialisten in entscheidenden Fragen die Führung auf, die es den übrigen bürgerlichen Parteien möglich macht, mit ihnen zusammenzugehen, dann ist die bürgerliche Front gesichert, arbeiten sie sich aber zu radikal, dann wird die bürgerliche Linke und wohl auch manche Gruppe der bürgerlichen Mitte sich der großen Koalition zuwenden. In Sachsen würde dann trotz der Zunahme der bürgerlichen Linke doch wieder sozialdemokratische Politik getrieben werden und die ganze Wahl wäre unionit gewesen.“

Die Leipziger Neuesten Nachrichten sagen: „Die beiden großen Lager, das marxistische und das bürgerliche sind in ihrem Bestande ziemlich unverändert geblieben, nur innerhalb der Lager selbst haben sich Verschiebungen vollzogen, bei denen haben wir drüben der Zug zum Kapitalismus unmerklich.“

Die Bourgeoisie bezeichnet also die Faschisten selbst als eine bürgerliche Partei, die radikal, d. h. gründlich und grundlos gegen die Werktätigen, die Arbeitermassen kämpft. Vor den Wahlen hieß es anders. Aber die Bourgeoisie weiß natürlich, welche Partei von ihnen mit reichen Geldsummen gefüttert wurde. Dasselbe Blatt betont, die Kommunisten sind „erkennbar gemacht auf Kosten“ der SPD, die Nationalsozialisten „auf Kosten sämtlicher bürgerlichen Parteien“.

Das die Volkspartei mit den Faschisten die Generaloffensive für Young und die Truhmagnaten führen will, geht aus folgendem hervor:

„Nach einer bürgerlichen Mehrheit ist in Sachsen immer noch vorhanden — vorausgesetzt, daß die Nationalsozialisten es noch nicht als Besetzung betrachten, wenn man sie dem Bürgertum zurechnet. Freilich, es ist ein langer Weg nach Tüppel, und diesmal wahrscheinlich noch ein gut Stück länger als sonst. Gleichwohl wird man versuchen müssen, ihn zu gehen.“

Die Chemnitzer Allgemeine Zeitung sagt: „Auf jeden Fall werden die Nationalsozialisten gemäß ihren Erklärungen im Wahlkampf für eine Rechtsregierung eintreten.“

Die Bourgeoisie ist natürlich bereit, ja angeführt der wachsenden Massenempörung gesonnen, diesen faschistischen Bloß gegen das sächsische Volk zu schlagen.

Die „Dresdener Nachrichten“, die während der Wahl eine heftige Kampagne für die faschistischen Kandidaten betrieben, lauserten noch, um erst die Stimmung ihrer Leser abzuhalten. Sie witterten lediglich die andere bürgerliche Presse und legen sich ebenso wie die sächsische Zeitung nicht fest.

Die Faschisten üben sich in den alten Tricks. „Fortsetzung des Kampfes“ behauptet ihr „Blätchen“, und einige Säue weiter „Gemeine Falschheit gegen Young“, aber es ist nichts wie das neugierige Gemühen, nach ins Meer des Unbekannten zu schwimmen. Daß sie dabei die Unterstützung der SPD suchen, ist bei der Rolle der „linken“ SPD-Führer in Sachsen kein Wunder.

Die Leipziger Volkszeitung versucht sogar, einen Bloß der SPD in Leipzig durch einen demagogischen Text zu konstruieren, obwohl die SPD einen Gewinn von 1000 Stimmen in Leipzig zu verzeichnen hat. Die SPD-Presse bringt dann eine parteiunfähige Notiz des Parteivorstandes, in

der schon ein Koalitionsangebot an die bürgerlichen Parteien gemacht wird.

„Vielleicht leht sich angeführt des Zwanges der Lage nun wenigstens in diesem Lande bei den Parteien die Einheit durch, daß Länderparlamentarismus etwas anderes ist als Reichsparlamentarismus, und daß eine Landesregierung im wesentlichen verwaltende Funktionen hat.“

Zum Schluß wird noch resigniert gebettelt, ja nicht gegen die SPD-Führer „zu regieren“, das heißt ihr einige Staatspräsidenten, zum Beispiel die Leitungen der Arbeitsämter und sonstiger behördlicher Funktionen zu belassen, das wie folgt formuliert ist:

„Ein Experiment einer Regierungsbildung gegen die Sozialdemokratie dürfte nach dieser heiklen Lehre wohl ausgeschlossen sein. Man kann von Chaos sprechen, das die Wahl in Sachsen geschaffen hat, aber in diesem Chaos ist die Stärke der Sozialdemokratie eine feste Insel.“

„Die Faschisten“, die sächsischen Faschisten, die sogenannte „Reaktionären Kräfte“ gegen die bürgerlichen Sozialisten von der Bourgeoisie angeführt und eine Einheitsfront aller Reaktionäre mit verteilten Rollen die faschistische Offensivlinie gegen die Werktätigen geschaffen wird. Aber das sächsische Proletariat wird unter der Führung der kommunistischen Partei zur Gegenoffensive aufzurufen und den Faschisten begegnen.

An der Klagemauer am Wettinerplatz

Nachdem das Wahlergebnis für die SPD erlösend ist, offenbart sie auch ihre verlogene Wahlkataloge. Die Dresdener Volkszeitung schreibt zu ihrem Bericht von 31.000 Stimmen:

„Niemand in unseren Reihen hatte erwartet, daß wir Mandatszuwachs erlangen könnten; alle nüchternen Parteimitglieder unter uns rechneten mit einem Rückgang. Kom waren für die sächsische Wahlentscheidung die Erinnerungen an die Beziehungen, die die Sozialdemokratie in der verfallenen großen Koalition unter Hermann Müller auf sich nehmen mußte, zu nahe.“

In ihren Wahlflugblättern wurden die Arbeiterwähler betrogen, daß die Hermann-Müller-Koalition „Erlöse“ gebracht habe. Jetzt erfahren, daß die große Koalition gegen die Werktätigen getrieben war.

In ihrer Verlogenheit weiß die „Dresdener Volkszeitung“ nichts wie die alte Klagemauer:

„An dieser Situation gemessen ist der Erfolg der Kommunisten schwach. Der ewige Kampf in ihren Reihen, ihr ewige Parteienkämpfe, der ununterbrochene Führerwechsel, die immer schmerzlicher werdenden inneren Meinungen, das jahrelange, ziellose, unbeständige ihrer sogenannten Taktik, das ewig blödsinnige Verräterspiel gegen die Sozialdemokratie hat den Nazis den Boden bereiten helfen, auf dem sie heute eine Demagogie entfalten, die der kommunistischen in nichts nachsteht, aber jüngeren Datums ist und darum auf hartem Julanul rechnen dürfte.“

Die, durch deren verbrecherische Politik die Kleinbürgerlichen Wähler in ihrer Verwirrung zu den verlogenen Faschisten getrieben wurden, möchten gar zu gern die SPD verantwortlich machen. Dabei hat die SPD allein im Dresdener Wahlkreis 71, Zweihundert Stimmen gewonnen, die SPD jedoch 31.000 Stimmen verloren.

Die Koalition ist der Weg zum Faschismus. Diese Erkenntnis muß jeder Arbeiter haben, um gegen den Betrug der SPD-Führer und Sozialdemokraten eine erfolgreiche revolutionäre Einheitsfront zu schaffen.

Kriminalpolizei in der Wohnung des Genossen Renner

Dresden, 24. Juni.
Heute morgen erschienen in der Wohnung des Gen. Renner einige Kriminalbeamte mit der Aufforderung des Reichsanwalts, vor Gericht zu erscheinen. Offenbar war die Verhaftung des Gen. Renner beabsichtigt.
Dieses Vorgehen der Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft zeigt, wie in dieser „freien Republik“ die Verfassungsbestimmungen gegen Kommunisten eingehalten werden. Nach der sächsischen Verfassung beginnt der neue Landtag mit dem Tage der Neuwahl und während der gesamten Wahlperiode ist die Immunität der Abgeordneten hergestellt. Dieses Vorgehen ist ein Zeichen der fortschreitenden Faschisierung in Deutschland.

Wir dulden keine Verzögerung!

An die Kammer des Sächsischen Landtages
Dresden, 23. Juni.

Da der Landtag nach den Bestimmungen der sächsischen Verfassung mit dem Tage der Neuwahl beginnt, Art. 6-8 und 11 der Verfassung sprechen nicht von einer Zwischen-, einer Wahlperiode, hatten wir es für geboten, ihnen nachfolgende Anträge heute schon zu übermitteln, um deren schnelle Beratung zu erreichen.

Um alle Zweifel über die Berechtigung der jetzt schon erlassenen Eingabe zu beseitigen, bezeichnen wir auf den Kommentar Weckers zum Art. 6 der Verfassung, der sich auch auf den Fall der Auflösung und nach erfolgten Neuwahlen bezieht. Dort heißt es ausdrücklich: „... weil die neue Wahlperiode mit dem Tage der Neuwahl beginnt.“ Im Art. 8 wird das nochmal unterstrichen mit der Bemerkung: „Nach der sächsischen Verfassung fließen also die Begriffe „Tagung“, „Sitzungsperiode“, „Session“ mit dem Begriff „Wahlperiode“ zusammen.“ Weiter wird erklärt:

„Der Abg. Dr. Dietel (Dem.) stellte ohne Widerspruch fest, daß der Begriff „Tagung im Sinne der Geschäftsordnung“ ebenfalls gleichbedeutend mit Wahlperiode sei.“ Unterstrichen wurde die Feststellung noch mit dem besonderen Hinweis auf die Immunität der Abgeordneten, zu der erklärt wird:

„Die Gleichstellung der Sitzungsperiode mit der Wahlperiode bringt es mit sich, daß die Immunität der Abgeordneten nicht auf die ganze Wahlperiode erstreckt.“

Es kann demnach kein Zweifel bestehen, der neue Landtag beginnt mit dem 22. Juni 1930, ist also schon vorhanden.

Ueber die geschäftliche Regelung können auch Zweifel nicht aufkommen. Art. 11 der Verfassung bestimmt:

„Zwischen 2 Wahlperioden führen der Präsident der Kammer und der Präsident der Reichsregierung die Geschäfte fort.“ Dazu bestimmt die Geschäftsordnung:

„Als zur Neuwahl des Präsidenten überträgt der Präsident der letzten Wahlperiode oder einer seiner Stellvertreter den Vorsitz, vorausgesetzt, daß er dem neuen Landtag angehört.“ Diese Voraussetzung ist auch erfüllt.

Wir ersuchen demnach, unsere Anträge, nachdem sie dem amtierenden Präsidenten (der letzten Wahlperiode), der jetzt bis zur Neuwahl die Geschäfte führt, bestimmungsgemäß vorzuliegen und sofort zum Abdruck zu bringen.

Falls der Präsident oder sein Stellvertreter nicht im Hause, ersuchen wir, dem Präsidenten und seinem Stellvertreter einen Durchschlag (solche liegen bei) zuzustellen.

Wir halten die baldige Erledigung dieser Anträge für dringend notwendig im Interesse der arbeitenden Massen und insbesondere der großen Massen der Erwerbslosen.
Kommunistische Landtagsaktion.
J. A. Rudolf Renner.

SPD-Fleischer-Probation in Leipzig

Leipzig, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)
Anlässlich der Bekanntgabe der Wahlergebnisse auf dem Augustusplatz kam es in den letzten Abendstunden zu einem Zusammenstoß. Die Nationalsozialisten hatten sich zusammengedrängt und drückten provokatorisch „Heil Hitler“ und „Juda verreckt!“ Einige dieser nationalsozialistischen Banditen versuchten, die Arbeiter zu drängen und Schläge auf einzelne Arbeiter einzulassen. In gemeinsamer Front drängten die aus dem Platz vertriebenen kommunistischen, sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter die nationalsozialistischen Provokateure vom Platz herunter. Das war das Signal zum Eingreifen der Fleischer-Polizei, die unter Anwendung von Gummischlägen und Knüttelschlägen die Arbeiter niederstieß. Einzelne Nazis bestärkten sich als Demagogen, hegten die Arbeiter zu den Polizeianten und hielten auf dem Wege nach auf sie ein. Die Polizei benahm sich provokatorisch. Es wurden insgesamt sechs Arbeiter verhaftet.

Platz dem Welttreffen der Arbeiterfinder

Der Magistrat Halle an der Saale will dem 2. Welttreffen der Arbeiterfinder und Bauernfinder Gelände und Säle verweigern. Auf dem Sommerfest der roten Hilfe in Berlin-Pantow am 22. Juni wurde dagegen folgende Protestresolution angenommen:

„Die anmelnden Gäste des Sommerfestes der roten Hilfe Pantow begrüßen aufs wärmste das 2. Welttreffen aller Arbeiter- und Bauernfinder in Halle. Wir protestieren aufs schärfste gegen die ungeheuren Verbotsmaßnahmen des hiesigen Magistrats und fordern die sofortige Aufhebung des Beschlusses und sofortiger Jurisdiktionsstreik von Plätzen und Räumen für das 2. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernfinder.“

Trotz Terror und Verfolgung werden die Arbeiterfinder ausmarschieren und wir werden alles tun, um auch unsere eigenen Kinder für das 2. Welttreffen zu mobilisieren.“ Die Resolution wurde mit mehreren hundert Stimmen angenommen.

Bereits ein Regierungsprogramm

SPD auf dem Wege zur neuen Reichskoalition

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute morgen die „Richtlinien der SPD zur Finanz- und Wirtschaftspolitik“. Demagogisch wird allgemein ein Abbau der Preise gefordert und daß, wenn auch nicht alle, in doch einige „Jahre „Herabacht!“ werden sollen.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist die sofortige Realisierung der notwendigen Handelsverträge und des Abkommens über den Zollfrieden notwendig. Zur Ermöglichung der Finanzen für langfristige Kredite wird eine Herabsetzung des Diskontsatzes (1) der Reichsbank vorgeschlagen. Die Heberlandarbeit soll eingeschränkt und der Arbeitsdienst (2) durchgeführt werden. Nebenher soll die Arbeitszeit durch „internationalen Vereinbarungen“ angereichert sein.

Ganz im Ton der Unternehmern wird „ausdrückliche Sparsamkeit“ aller öffentlichen Körperschaften verlangt. Diese Sparsamkeit richtet sich natürlich gegen die Beamten. Allen Ländern und Gemeinden soll eine Behälterregelung auferlegt werden, daß von ihnen die Beamten und Angestellten keine höheren Gehaltszüge erhalten als wie die des Reiches.

Weiter wird wiederum vorgeschlagen eine Smart-Verkehrssteuer einzuführen und zum Schluß wird noch einmal verlangt, durch „Sparsamkeit“ die Finanzen in Ordnung zu bringen.

Für dieses Finanzprogramm, das, abgesehen von einigen demagogischen Phrasen, dasselbe ist wie das Finanzprogramm, nur in veränderter Form, will die SPD die Plattform für die Reichskoalition schaffen.

Wir teilen bereits mit, daß seit Tagen Scharbech und andere Linien zwischen SPD-Führern und Faschisten stattfinden.

SPD-Polizeipräsident als Nazischützer

Bezirkssekretariat der SPD befehlt

Kassel, 21. Juni. (Eig. Bericht.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Kassel, von Hachestein, hat einen Rachefeldzug gegen die revolutionäre Arbeiterfront von Kassel unternommen, weil diese die Norddeutschen der Faschisten während ihrer letzten Versammlungen Entgegenkommen laufen ließen und die Faschisten schließlich auf proletarische Weise in die Nacht schlugen.

Auf bloße Denunziationen der betrüblichen Faschisten nahm die Polizei wahllos Massenverhaftungen von Arbeitern vor, die in aller Eile mit unerschütterter Brutalität aus den Betten gezerrt wurden. Fisher wurden 15 bis 20 Arbeiter so verhaftet. Im Bezirkssekretariat der kommunistischen Partei wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und das ganze Sekretariat von Polizei befehlt. Das „Verhaftungsmaterial“, nach dem angeblich gefordert wurde, wurde natürlich nicht gefunden.
Auch in der Provinz der Reichsbannerarbeiter herrscht große Enttäuschung über die Stillstellung des Reichsbannerführers

Quer, der den Reichsbannerproleten behält, die Straßen zu säubern und zusammenzufassen mit den Faschisten aus dem Wege zu gehen.

Börgiebelpolizei schießt einen Arbeiter nieder

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die fanatische Schikane der Schupo hat gestern in Berlin-Brandenburg ein neues Todesopfer gefordert. Auf Grund eines börgiebeligen Führerbeschlusses im Spandauer Schiffbauwerkstatt wurde ein Schupooffizier die dort zu Hunderten arbeitenden Arbeiter heraus. Er schlug zur Hand mit dem Gummischlägel auf die Arbeiter ein, die nicht schnell genug ihre Sachen zumminnen konnten. Die Wut der Soldaten brachte ihre Empörung durch Protestrufe zum Ausdruck.

Als ein Arbeiter von dem Beamten die Dienstnummer verlangte, schoß ihn dieser kurzerhand nieder.

Die bürgerliche Presse macht aus dieser Polizeimissetat eine schamlose Kommunistenhetze, die auf Insultationen der Börgiebel-Polizei-Pressestelle, die von dem bekannten Hauptpaß gefordert wird, zurückzuführen ist. Sie feu die Schwindelmeldung in die Welt, daß der Beamte bei der Durchführung des „Führerbeschlusses“ von anheimelnd kommunistischen Verbrechen angegriffen worden sei.

„Nieder mit Börgiebel“

Kopenhagen, 23. Juni.

Das Berliner Schupooffizier befindet sich zur Zeit auf einer Konzeptionsreise nach Dänemark. Als am Sonnabend die Empfangsfeierlichkeiten im Aarhus begannen, löste eine große Masse von Arbeitern zusammengetrieben, die die Börgiebelgarden mit dem Rufe: „Nieder mit Börgiebel!“, „Nieder mit den Arbeitermördern!“ empfingen. Die Empfangszeremonien konnten infolgedessen nicht durchgeführt werden.

Unter den Fahnen der Kommintern!

Die Wuntopp-Gruppe kehrt zur KPD zurück
Amsterdam, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wuntopp-Gruppe hat die von der Kommunistischen Partei Hollands gestellten Bedingungen akzeptiert, liquidiert ihre Organisation und vollzieht den Uebertritt in die kommunistische Partei.

In den gemeinsamen öffentlichen Versammlungen der kommunistischen Partei Hollands mit den Mitgliedern der Wuntopp-Gruppe sprechen Vertreter der kommunistischen Internationale, die die Arbeiterklasse Hollands auftrufen, der kommunistischen Partei Hollands beizutreten und die revolutionäre Einheitsfront zu stärken.

Werbt für euer Kampforgan, die Arbeiterstimme!